Landeshauptstadt Magdeburg
Änderungsantrag

A0174/06/2	öffentlich	Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
		A0174/06	13.02.2007
Absender			
Fraktion Die Linkspartei.PDS			
Gremium		Sitzungstermin	
Stadtrat		15.02.2007	
Kurztitel			
Öffnung von Schuleinzugsbezirken			

Dieser Änderungsantrag ersetzt den Änderungsantrag A0174/06/1, da durch Verwaltungshandeln nach Beratung dieses Änderungsantrages eine veränderte Situation eingetreten ist.

Der Stadtrat möge beschließen:

Der interfraktionelle Antrag zur Öffnung der Schulbezirke wird wie folgt geändert:

1. In Abhängigkeit von einer Veränderung der Grundlagen der Schulentwicklungsplanverordnung durch das Land oder der Möglichkeit, ein Floatingmodell für die Planung der Schulstandorte in der Stadt Magdeburg anwenden zu können, soll der Oberbürgermeister eine Entscheidungsvorlage für den Stadtrat zur Öffnung der Schulbezirke für die Sekundarschulen, beginnend mit dem Schuljahr 2010/2011 vorbereiten. Mit der Öffnung der Schulbezirke soll gesichert werden, dass die Schüler, die in den heute bestehenden Schulbezirken wohnen, ein Vorzugsrecht haben, die ihrem Schulbezirk zugeordnete Schule zu besuchen. Für die Schülerbeförderung der Sekundarschüler sollen die gleichen Konditionen gelten wie jetzt schon für die Schülerinnen und Schüler der Gymnasien und der Gesamtschulen. Die Satzung über die Schülerbeförderung ist den durch die Öffnung der Schulbezirke geänderten Bedingungen anzupassen.
2. Der Stadtrat bestärkt die Grundschulen und die weiterführenden Schulen, im Interesse eines erfolgreichen Bildungsweges für alle Schülerinnen und Schüler künftig noch enger zusammenzuarbeiten.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Landeregierung den Schulen jedes Jahr die Möglichkeit einer Schulmesse einzuräumen, auf der sich alle Schulen mit ihrem besonderen Programm darstellen können und die den Eltern mehr Sicherheit bei Wahl des Bildungsweges ihrer Kinder gibt.

Begründung:

Eine Öffnung der Schulbezirke ist fahrlässig in einer Zeit, in der die betroffenen Schulen keine Stabilität im Bestand aufweisen können. Die Frage, welche Schule erhalten werden kann und welche nicht, ist dann nicht mehr von schulnetzplanerischen, auch nicht von Fragen der Schulqualität abhängig, sondern vom mehr oder weniger zufälligen

Anwahlverhalten von Eltern. Es würde ein Verdrängungswettbewerb stattfinden, der die Schulentwicklungsplanung zu einem unabwägbaren Geschäft für die Stadt machen würde. Eine echte Qualitätsentwicklung käme so nicht zustande. Darum wollen wir mit dem Instrument der Schulmesse einen Vorlauf schaffen, mit dem die Informiertheit aller Elternhäuser erhöht werden kann. Außerdem ist eine Öffnung der Schulbezirke unverantwortlich, wenn die Stadt keinen größeren Planungsspielraum erhält und weiterhin den auf die Einzelschule bezogenen stringenten Vorgaben verpflichtet ist. Auch für Entscheidungen für die Schulsanierung ist Stabilität vonnöten, gerade angesichts der Lage im Stadthaushalt. Da der Schulentwicklungsplan der Stadt bis zum Schuljahr 2009/2010 bestätigt ist, sollte eine Öffnung der Schulbezirke erst in Erwägung gezogen werden, wenn die Stadt über die Anschlussregelungen in der Verordnung informiert ist, zumal die Schülerzahl zu diesem Zeitpunkt wieder ansteigen und sich für mehrere Jahre auf diesem Niveau stabilisieren wird. Eine Öffnung der Grundschulbezirke sollte erst später erwogen werden, allerdings wäre es sinnvoll, die Ausnahmegenehmigungen hier im Sinne der Kinder großzügiger zu behandeln.

Hans-Werner Brüning
Fraktionsvorsitzender